

Immer noch ungenügender Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schutz und Wehr : Zeitschrift der Gesamtverteidigung = revue pour les problèmes relatifs à la défense intégrale = rivista della difesa integrale**

Band (Jahr): **36 (1970)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-364542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Immer noch ungenügender Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland

-ha- Die zweckmässig und modern ausgebauten Warnämter, die vor Jahren in der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Nato ausgebaut wurden, die Tag und Nacht besetzt und einsatzbereit sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesem Lande, das gegen 20 Mia Mark für die militärische Abwehrbereitschaft ausgibt, bis heute für den Schutz der Bevölkerung zu wenig getan wurde. Wenn der Alarm heute von den Warnämtern durch die Strassen der deutschen Städte heult, weiss die Bevölkerung nicht, was sie zu tun und wohin sie sich wenden muss, um Schutz und Rettung zu erhalten. Schutzräume sind nur wenige vorhanden, und der Selbstschutz hat trotz den grossen Anstrengungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz lange nicht alle Teile der Bevölkerung erfasst, sondern nur einen relativ kleinen Harst von unermüdeten Idealisten. Die Regierung in Bonn hat bis heute wenig getan, um den Zivilschutz im Rahmen einer totalen Wehrbereitschaft finanziell und personell auf die gleiche Stufe wie die Bundeswehr zu heben und auch dem Volke zu sagen, dass die sehr grossen Aufwendungen für die militärische Landesverteidigung auch im Schutzbereich der Nato wenig nützen, wenn von Behörden und Bevölkerung die Massnahmen der zivilen Landesverteidigung so sträflich vernachlässigt werden. Dazu möchten wir festhalten, dass das nicht allein der Regierung von Bundeskanzler Brandt angelastet werden kann, denn bereits die früheren Teams der CDU/CSU und der FDP haben auf diesem Gebiet herzlich wenig getan. Die Regierung Brandt hätte aber heute eine Chance, viel nachzuholen, was bisher auf allen Gebieten des zivilen Bevölkerungsschutzes versäumt wurde.

In letzter Zeit ist in der BRD über diese Probleme die Diskussion in Presse und Öffentlichkeit sehr reg geworden, und es zeichnen sich Entwicklungen ab, die eine Aufwertung und eine starke und zielstrebige Förderung des Zivilschutzes bringen könnten. Aus zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Zeit haben wir zur hier geschilderten schlechten Situation des Zivilschutzes in Deutschland einen Bericht aus dem «Weser-Kurier» herausgegriffen, der die Lage in der Hansestadt Bremen schildert:

Bremen ist heute noch schutzloser als im Zweiten Weltkrieg

«Beim Senator für Inneres ist man sich der Schwäche des bremischen Schutzsystems bewusst, aber auch der eigenen Machtlosigkeit, auf diesem Gebiet die dringend notwendigen Initiativen zu ergreifen. Zivilschutz ist Bundessache und aus Bonn fehlen bisher sowohl entscheidende Impulse als auch ausreichende Mittel, um den Nachholbedarf sowohl an Bunkern als auch an fachlich geschultem Hilfspersonal decken zu können.

„In den vergangenen Jahren ist zu vieles versäumt worden“, meinen der Leitende Regierungsdirektor Dr. Lübben und der Referent für den Bevölkerungsschutz beim Innensenator, Bruns. Nach wie vor ist ihrer Meinung nach der Anteil des Bevölkerungsschutzes am Gesamthaushalt viel zu gering.

Am besten schneidet dabei noch das Ausrüstungsmaterial für die freiwilligen Helfer der Zivilverteidigung ab.

In Notzeltlagern und Werkstätten, die Bremen teilweise auf eigenem Gebiet, teilweise aber auch in den niedersächsischen Kreisen Grafschaft Hoya und Bremervörde unterhält, lagern Schutzanzüge für 2600 und Fahrzeuge sowie Bergungsgeräte für etwa 2000 Helfer.

Für den Ernstfall ist das zu wenig, für die zurzeit in der Hansestadt tatsächlich vorhandenen Verwendungsmöglichkeiten viel zuviel. Denn in Bremen gibt es nur rund 1600 Zivilschutzhelfer, die in der Lage sind, der Bevölkerung im Falle eines atomaren Krieges zu helfen. Zusätzliches Hilfspersonal, das notwendig wäre, um die angestrebte Sollstärke der Hilfsmannschaften von einem Prozent der Bevölkerung zu erreichen, ist nur schwer zu bekommen. Zivilschutzhelfer, die ihren Hilfsdienst freiwillig und neben ihrem eigentlichen Beruf versehen, haben aus ihrer Tätigkeit nicht mehr zu erwarten als ein knapp bemessenes Taschengeld in Form einer Verdienstausfallentschädigung.

Versuche, den Zivilschutz attraktiver zu machen oder einen Teil der Wehrpflichtigen in diesem Teilbereich der Verteidigung einzusetzen, kamen bisher über Anfänge nicht hinaus. Noch wartet man vergeblich auf das angekündigte Gesetz zur Erweiterung des Katastrophenschutzes, das vorsieht, Wehrpflichtige vom Wehrdienst freizustellen, wenn sie sich für zehn Jahre zur Mitarbeit im zivilen Bevölkerungsschutz verpflichten.

Unvollkommenheiten aber nicht nur auf dem Gebiet des personellen Zivilschutzes, 3200 Personen hätten eine Ueberlebenschance, mehr atomsichere Bunkerplätze kann die Hansestadt ihrer Bevölkerung nicht anbieten.

Von 130 Schutzbauten, die den Zweiten Weltkrieg überdauerten, sind gegenwärtig erst vier vollständig wiederhergerichtet und mit eigener Strom- und Wasserversorgung so ausgestattet, dass man in ihnen vor atomaren Schlägen relativ sicher ist. Wenn die Zielplanungen eingehalten werden, können bis 1972 weitere neun Bunker mit einem Kostenaufwand von rund 15 Mio Mark atomsicher ausgebaut werden.» In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Situation der zivilen Landesverteidigung in der Bundesrepublik auch auf die allgemeine militärpolitische Lage nicht ohne Einfluss bleibt. Es kann auch der Schweiz nicht gleichgültig sein, ob unser Nachbar im Norden gut oder schlecht auf das Ueberleben einer Katastrophenlage vorbereitet ist. In einem Land, das über einen schlechten oder ungenügenden Zivilschutz verfügt, werden Millionen Menschen der Panik verfallen, kopflos die Flucht ergreifen und versuchen, sich über die Grenzen zu retten. Dann nützen auch die auf den Karten so schön markierten roten, gelben und violetten Einsatzstrassen nichts mehr, die für die Verbände der Nato, der territorialen Verteidigung, des Technischen Hilfswerks und anderer Organisationen vorgesehen sind.